

Junge, Alte und eine neue Politik

Anette Eva Fasang

Demografische Veränderungen durch Migration, Mortalität und Fertilität prägen viele Regionen der Welt. Während in Europa die Bevölkerung in den meisten Ländern altert, stagniert oder sogar schrumpft, sinkt das durchschnittliche Alter gerade in den ärmsten Ländern Afrikas durch ein exponentielles Bevölkerungswachstum. Bei aktuellen Wachstumsraten würde sich die Bevölkerung in Deutschland innerhalb von 173 Jahren verdoppeln, in Ländern wie Ungarn und Griechenland schrumpft sie bereits. Dagegen verdoppelt sich die Bevölkerung im Senegal bei aktuellen Wachstumsraten innerhalb von 25 Jahren, im Niger innerhalb von nur 18 Jahren von aktuell 22 Millionen auf 80 Millionen im Jahr 2055.

Demografische Veränderungen stellen die Politik auf nationaler und globaler Ebene in mehrfacher Hinsicht vor Herausforderungen. Erstens verändern sie Problemlagen, auf welche die Politik reagieren muss, zum Beispiel bei der grundlegenden Versorgung einer schrumpfenden oder wachsenden Bevölkerung oder der Frage des sozialen Zusammenhalts in diversen Gesellschaften. Zweitens verändern sie die demografische Struktur der Wählerschaft, formen somit Interessengruppen, Parteien und Protestbewegungen. Starke Spaltungen zwischen Alt und Jung sowie nach ethnischer Herkunft bestimmten

in den letzten Jahren zum Beispiel das Referendum über den sogenannten Brexit in Großbritannien und die Wahl von Donald Trump in den USA. Drittens kommt in Gesellschaften mit einem gewissen Maß an Chancengleichheit der demografische Wandel irgendwann auch in den staatlichen Institutionen an. Und wenn Ministerien oder Behörden hinsichtlich Alter, Geschlecht, Religion oder Ethnizität diverser werden, dann beeinflusst das auch, welche Politik für wen gemacht wird. Nicht zuletzt wirken konkrete politische Maßnahmen wieder auf demografisches Verhalten zurück und steuern somit zukünftige demografische Entwicklungen. Ein paar dieser Themenbereiche sind bereits gut erforscht. Über andere wissen wir erstaunlich wenig.

Sehen wir uns einige aktuelle demografische Entwicklungen mit möglicherweise weitreichenden Konsequenzen für politische Prozesse an. Nachdem die Lebenserwartung in den meisten Regionen der Welt einen rasanten Anstieg über die vergangenen Jahrzehnte aufwies, sinkt sie jüngst zum ersten Mal wieder, und das auch bei bestimmten Bevölkerungsgruppen in wohlhabenden Ländern. So fällt im internationalen Vergleich der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt in den USA seit mehreren Jahren in Folge zurück. Während die Lebenserwartung in den USA 1995 noch dem OECD-Durchschnitt von 76 Jahren entsprach,

lag sie im Jahr 2015 mit 78,7 Jahren deutlich unter dem dann auf 80,3 Jahre gestiegenen OECD-Durchschnitt. Besonders ausgeprägt ist dieser Trend für weiße Männer mit geringer Bildung. Gründe liegen vor allem in einem Anstieg von Toden durch Suizid und Drogenmissbrauch. Genau in dieser Personengruppe finden sich auch vermehrt Anhänger von Donald Trump und der Republikanischen Partei. Neben sozialer Benachteiligung spielt in dieser Personengruppe die Angst, dass die Weißen in den kommenden Jahren ihren Mehrheitsstatus gegenüber anderen ethnischen Gruppen in den USA verlieren könnten, eine zentrale Rolle für die Hinwendung zu rechtsnationalen Positionen.

Seit kurzer Zeit stagniert nach langem Aufwärtstrend auch in Deutschland der Anstieg der Lebenserwartung. Zwischen 2014 und 2016 war sie sogar leicht rückläufig von 81,1 auf 80,6 Jahre. Die Unterschiede zwischen Ost und West bleiben enorm. Differenzen bei der Lebenserwartung und damit der Gesundheit der Menschen können als die extremste Form sozialer Ungleichheit verstanden werden. Nur wer lebt, nimmt an der Verteilung und Umverteilung aller anderen Güter, sei es Einkommen, Vermögen oder Lebenschancen teil. Wir wissen zudem wenig darüber, wie Unterschiede in der Lebenserwartung in der Stammwählerschaft bestimmter Parteien deren Erfolg beeinflussen. Bildung und Beruf sind eng mit der Lebenserwartung verknüpft und unterscheiden sich deutlich innerhalb der Wählerschaften verschiedener Parteien. Allein aufgrund eines durchschnittlich geringeren Bildungsniveaus ist zu vermuten, dass die Lebenserwartung in der Wählerschaft der SPD und der Linken deutlich geringer ist,

als in der CDU. Das heißt, bei lebenslanger Treue zu einer Partei würde die CDU mehr Stimmen über den Lebensverlauf eines Wählers bekommen, als dies für andere Parteien der Fall wäre. Zudem ist bekannt, dass Wähler*innen vormals anderer Parteien sich mit zunehmendem Alter eher konservativen Positionen zuwenden. Somit könnte die CDU in doppelter Hinsicht von der Bevölkerungsalterung profitieren.

Auch in den Bereichen Familie und Generationenbeziehungen beobachten wir in vielen Regionen der Welt weitreichende Veränderungen. Diverse Familienformen werden in vielen europäischen Ländern zunehmend politisch ermöglicht und unterstützt, während andere eher reaktionäre Länder, insbesondere in Osteuropa, versuchen, die klassische hetero-normative Kernfamilie zu fördern. Erste Befunde für die USA zeigen, dass die Familiensituation über den Lebensverlauf auch mit politischer Partizipation zusammenhängt. So gehen Verheiratete und Kinderlose vermehrt zur Wahl, während Eltern und Geschiedene es, vermutlich aufgrund von knappen Zeitressourcen, seltener an die Wahlurne schaffen. Mehr Diversität in Familienstrukturen könnte so auch die politische Repräsentanz bestimmter Gruppen verändern.

Ebenso relevant ist die Frage, wie sich Verteilungskonflikte zwischen Generationen, gerade vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung, auf Solidarität oder Konflikte in Familien auswirken. Eine These besagt, dass es nur deshalb noch nicht zum viel beschworenen „Aufstand der Jungen“ gekommen ist, weil die Alten in der Regel einen substanziellen Anteil ihrer vergleichsweise großzügigen Renten in Form von Geldgeschenken und anderer Unterstüt-

zung an ihre erwachsenen Kinder weiterreichen. Wie wird sich jedoch eine zunehmende politische Polarisierung von Alt und Jung, wie im Brexit-Referendum zu beobachten, auf Solidarität und Konflikt im alltäglichen Leben von Familien auswirken?

Und schließlich bleibt, wie von Helbling und Meierrieks in diesem Heft beschrieben (siehe S. 48 f.), vor dem Hintergrund des Klimawandels und knapper natürlicher Ressourcen das exponentielle Bevölkerungswachstum in den ärmsten Ländern Afrikas und der dadurch verstärkte Migrationsdruck womöglich die größte globale politische Herausforderung.

All diese Fragen ergeben eine umfangreiche Forschungsagenda, die es anzugehen gilt. Im neuen Graduiertenkolleg *The Dynamics of Demography Democratic Processes and Public Policies (DYNAMICS)*, Sprecherin: Heike Klüver) werden sich in den nächsten Jahren Demograf*innen und Politikwissenschaftler*innen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Hertie School of Governance gemeinsam diesen Themen widmen.

Anette Eva Fasang ist Leiterin der Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit und Professorin für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Die Ablösung der Brieftaube

Ist schon das Erheben und Verwalten von Daten eine Herausforderung, so ist ihre Übermittlung von A nach B die nächste. In einem Büro des WZB lagert ein Museumsstück aus den 1970er-/1980er-Jahren, das greifbar macht, wie diese Herausforderung ohne weltweites digitales Netz bewältigt wurde: Der Hörer eines analogen Telefons wurde in den sogenannten Akustikkoppler, die Spielart eines Modems, gelegt; Daten konnten dann über die Telefonleitung verschickt werden.

Quelle: Akustikkoppler aus dem WZB zur Datenübertragung an das Rechenzentrum der Freien Universität Berlin (Foto: Thu-Ha Nguyen).